Wirtschaft

Ohne Schrotflinte

Deutsche Telekom-Chef Kai-Uwe Ricke macht Druck auf die CDU-SPD-Regierung. Der Konzern steht vor seiner nächsten großen Bewährungsprobe. Der Wettbewerb setzt dem Telekom-Giganten zu.

Thomas Jäkle Berlin

"Wenn's im WM-Finale in der 85. Minute 0:1 gegen Deutschland steht, dann drehen wir das Licht ab", erklärte Lothar Pauly, Vorstand der Deutsche Telekom-Tochter T-Systems. Ein Scherz. Theoretisch denkbar. Denn T-Systems sorgt dafür, dass aus den zwölf WM-Fußballstadien Fernsehbilder über das Datennetz zu den weltweit etwa vier Mrd. Zusehern übertragen werden.

Nicht nur Ex-Siemens-Manager Pauly, der gerade 100 Tage im Amt ist, sondern auch der Deutsche Telekom-Vorstandschef Kai-Uwe Ricke hätte dann mindestens ein Problem mehr. Der Konzernchef hat anlässlich des Deutsche Telekom-Kolloquiums in Berlin mit ungewohnt scharfem Ton seinen Druck auf die CDU-SPD-Regierung erhöht. Das Wirtschaftsministerium habe demnach seine Vorschläge zur Regulierung des Telekom-Marktes nicht erhört. Und sich an bereits avisierte Zusagen nicht gehalten.

"Ohne Umdenken in der Regierungspolitik werden wir in Deutschland leider den Anschluss verlieren", erklärte der Deutsche Telekom-Konzernchef, der sich auf eine Studie des Beratungsunternehmens McKinsey stützt. Es gehe um den Standort Deutschland, richtete Ricke eine Grußadresse an die Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin. Nicht das Monopol, sondern freien Wettbewerb wünscht sich Ricke. Was nichts anderes bedeutet, als dass er mit alternativen Netzbetreibern künftig die Durchleitungsentgelte – "Telefonmaut" – frei aushandeln kann. Bisher hatte der unbhängige Telekom-Regulator ein Wörtchen dabei mitzureden. Über seine EU-Lobbyisten in Brüssel will Ricke seine Vorstellungen über die regulatorischen Rahmenbedingungen von der EU absegnen lassen.

Der Milliarden-Poker

Es geht um viel Geld. Um ein Milliardengeschäft. Der 2002 als Sanierer geholte Ricke wird heuer erneut Macherqualitäten beweisen müssen. In zweifacher Hinsicht. 35.000 der 178.000 Jobs sollen bis 2007 gestrichen werden. Die zweite Verhandlungsrunde bezüglich Jobabbau hat gerade begonnen. Und als zweiten Schritt muss er den Konzern gegen die erstarkte Konkurrenz der Mobilfunk- und Internetanbieter sowie die Kabelnetzbetreiber neu ausrichten.

Drei Mrd. Euro will der Telekomriese in einen neuen, hochwertigen Internet-Zugang (VDSL-Datennetz) investieren, der zunächst in zehn von vorläufig 50 Städten installiert werden soll. Die Telekom will damit eine neue Ära einleiten. Filme und Videos sollen unter anderem in 3D, über das VDSL-Netz vermittelt werden. Das herkömmliche Telefon ist demnächst endgültig Geschichte. Telefonate wurden bisher über eine eigene Leitung vermittelt. Künftig werden Anrufe über dasselbe Netz vermittelt wie die Daten des Internet. Der IP-Standard (IP für Internet Protocol) macht dies möglich. Neue Konkurrenz droht aus dem Kabelnetz. Was in Österreich seit Jahren üblich, setzt sich in Deutschland erst



Deutsche Telekom-Chef Kai-Uwe Ricke will die Sanierung des Konzerns abrunden.

jetzt durch. Telefon, Internet sowie TV wird verstärkt durch die Kabelnetzbetreiber angeboten.

Die Konkurrenz, Arcor oder United Internet, hat im Jahr 2005 den Wettbewerb im Internet mit Kampfpreisen angeheizt. Mit Flat Rates unter zehn Euro monatlich für Breitband-Internet und Gratistelefonie für ein Jahr im deutschen Festnetz wurden die Telekom-Kunden reihenweise abgeworben. Über 100.000 Telekom-Kunden sollen bereits monatlich der Telekom den Rücken kehren.

Interne Konkurrenz

Außerdem forcieren Handy-Netzbetreiber den Wettbewerb. Und zwar mit Pauschaltarifen um zehn Euro pro Monat für unbefristetes Surfen sowie Gratis-Telefonieren in Deutschland oder Tarifen um wenige Cent pro Minute. Die Konkurrenz kommt aber auch aus dem eigenen Haus durch die Mobilfunk-Tochter T-Mobile sowie T-Systems bei Geschäftskunden. Während T-Mobile neben der Handytelefonie auch den Internet-Zugang via Handynetz anbietet, zielt T-Systems auf die lukrativen Geschäftskunden, die über das Internet günstiger telefonieren als je zuvor.

T-Systems-Chef Pauly will sich mit IT- und Telekomdiensten für den internationalen Wettbewerb rüsten. Erzielte T-Systems bisher 90 Prozent im Inland, soll das binnen der kommenden drei Jahre auf 30 Prozent erhöht werden. Zuletzt hat der Telekomriese die IT-Tochter von VW, Gedas, übernommen. "Mit der Schrotflinte schießen, was sich bewegt, das wird nicht stattfinden", erklärt Pauly zu Spekulationen über weitere Übernahmen. In erster Linie wolle man organisch wachsen. Zielmärkte sind die zehn lukrativen Länder Deutschland. Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Benelux, die Schweiz und Österreich.

In Österreich ist T-Systems als IT-Dienstleister auf Rang drei. Trotz eines abflauenden Outsourcing-Geschäfts sieht T-Systems-Österreich-Chef Rudolf Kemler weitere Zuwachsraten von fast zehn Prozent. Von Österreich aus soll insbesondere das Know-how für IT im Gesundheitswesen im Konzern eingebracht werden.

Während die Fokussierung des Geschäfts klar auf Westeuropa zielt, expandiert der Konzern mit Rechenzentren nach Osteuropa. Mitte Februar wird T-Systems in Kosice in der Ostslowakei ein neues Rechenzentrum eröffnen. 1.500 neue Jobs werden geschaffen. Das Gehaltsniveau beträgt dort etwa 30 Prozent eines westeuropäischen Computerexperten. Die Datenhaltung soll im Osten mit Hilfe billiger Arbeitskräfte erfolgen – zur Sicherheit, falls im Westen die Rechner abgedreht werden und die Lichter ausgehen.

Die EU-Lobbyisten im Fokus

Lobbying hat in den USA lange Tradition. In Europa steht man dieser Spielart eines politischen Prozesses noch skeptisch gegenüber. Dennoch haben die Lobbying-Aktivitäten in Brüssel stark zugenommen.

Christian Rupp

Viel Energie wird von verschiedenen Organisationen und Bürgervertretungen unternommen, um die Aufmerksamkeit der EU-Politiker zu erreichen. Das Einmaleins des Lobbyings, das Wissen um Institutionen und Zusammenhänge wie Europäisches Parlament, Europäische Kommission oder Europäischer

Rat, ist bei Bürgern und Unternehmern nicht besonders ausgeprägt.

Gerade während der österreichischen EU-Präsidentschaft ergibt sich für viele die Gelegenheit, sich näher mit Europa zu beschäftigen. Wichtige Hinweise sind via Internet erhältlich (www.zukunfteuropa.at). Täglich aktuelle EU-News der Wirtschaftskammer (via Web-

site www.wko.at) sind ebenso eine wichtige Informationsquelle, um sich einen Überblick über Europa zu verschaffen. Viele Unternehmen – darunter Siemens, Deutsche Telekom, Microsoft, SAP oder auch Fabasoft – sind bereits aktiv in diversen Arbeitsgremien der EU-Kommission tätig.

Das Europäische Parlament hat zahlreiche Ausschüsse eingesetzt, die seine Arbeit koordinieren. Europapolitiker sind für die Ausarbeitung und Annahme der Berichte über Gesetzesvorschläge zuständig, können aber auch Initiativberichte zu Themen vorlegen, in denen das Parlament kein Mitentscheidungsrecht hat. Derzeit gibt es 20 ständige Fachausschüsse, deren Mitglieder je nach ihrer Fraktionszugehörigkeit und ihrer Sachkompetenz für zweieinhalb Jahre gewählt werden.

Der ITRE-Ausschuss ist zum Beispiel für Industrie, Forschung und Energie zuständig und umfasst neben etlichen anderen Bereichen die Industriepolitik der Union und die Anwendung neuer Technologien einschließlich Maßnahmen im Zusammenhang mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Dazu zählt auch die Forschungspolitik der Union inklusive der Verbreitung und Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Raumfahrtpolitik, die Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle und des Zentralbüros für Kernmessungen sowie Jet, Iter und andere Projekte zählen ebenso dazu.

51 EU-Parlamentarier sind derzeit Mitglieder dieses Ausschusses. Dazu zählt Paul Rübig, einer von 18 österreichischen Vertretern.

www.zukunfteuropa.at Der Autor ist Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt.

ED_03-06_23_W;14.indd 23